

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 00 38/39  
Telefax: 8 66 846 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Dr. Dieter Spörl MdL  
zur Finanzierung der  
deutschen Einheit: Er-  
gänzungsabgabe ja,  
höhere Mehrwertsteuer  
nein.

Seite 1

Professor Klaus-Dieter  
Osswald MdB zum Er-  
fordernis, die diploma-  
tischen Konfliktlö-  
sungsversuche zu ver-  
stärken: Die Kriegsge-  
fahr am Golf ist noch  
nicht vorbei.

Seite 3

Michael Müller MdB  
zum 70. Geburtstag  
von Lore Lorentz:  
"Positiv dagegen".

Seite 3

### Dokumentation

Volker Kröning, Bremer  
Justizsenator, begrün-  
dete vor dem Bundes-  
rat den Antrag zur  
Gleichstellung von Zivil-  
und Wehrdienst. Wort-  
laut

Seite 5

45. Jahrgang / 174

11. September 1990

### Ergänzungsabgabe ja, höhere Mehrwertsteuer nein Zur Finanzierung der deutschen Einheit

Von Dr. Dieter Spörl MdL  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-  
Württemberg  
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Der Versuch des Kanzlers, die Kosten der Einheit vor den Bürgern bis zum Wahltag am 2. Dezember zu verstecken, ist gescheitert. Niemand glaubt mehr, daß die ökonomische und ökologische Erneuerung der bisherigen DDR ohne Steuererhöhung finanzierbar ist. Der Kapitalmarkt kann in diesem Umfang nicht noch weiter zusätzlich befristet werden, wenn es nicht zu einem konjunkturell gefährlichen Anstieg des Zinsniveaus auf zweistellige Höhen kommen soll. Schon der Schattenhaushalt in Form des Fonds deutsche Einheit hat mit bedenklicher Bequemlichkeit versucht, Finanzierungsprobleme in die Zukunft zu verschieben.

Die SPD muß im Rahmen der im kommenden Wahlkampf dominierenden Debatte, wie finanzieren wir die Einheit, zwei Gesichtspunkte berücksichtigen:

1. Die Frage der steuerlichen Finanzierung stellt sich erst, wenn alle anderen Einspar- und Deckungsmöglichkeiten voll genutzt sind. Das heißt, die SPD muß die Partei sein, die durch konkrete Einsparvorschläge im Militärbudget, bei den teilungsbedingten Kosten, durch Verzicht auf die geplante Unternehmenssteuer-senkung, die steuerliche Zusatzfinanzierung der deutschen Einheit für den Bürger nachvollziehbar am niedrigsten halten kann. Demgegenüber wird Kohl wegen Halbherzigkeiten in diesen Bereichen in Wahrheit die zusätzlichen Steuerlasten weit höher schrauben.
2. Die Frage der steuerlichen Finanzierung muß mit der Frage sozialer Gerechtigkeit verknüpft werden. Hierbei handelt es sich neben dem Programm zum ökologischen Umbau um den wohl wahlentscheidenden Kontrast zwischen der Regierung Kohl und der SPD.

Von der Größenordnung her stehen nur zwei Optionen zur steuerlichen "Restfinanzierung" zur Verfügung:

- Mehrwertsteuererhöhung,
- Ergänzungsabgabe auf Einkommen und Körperschaftssteuer.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mfl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemfänger-Umhang  
mit verstelltem Rohstoff  
Recycling-Papier



Aus der Verbindung der Steuerfinanzierung mit dem Thema sozialer Gerechtigkeit ergibt sich zwingend, daß für die SPD eine Zustimmung zur Mehrwertsteuererhöhung nicht in Frage kommen kann. Folgende Argumente sprechen gegen die erhöhte Mehrwertsteuer, das heißt gegen die dafür vorgebrachten Argumente:

- unabhängig vom wissenschaftlichen Streit um das Ausmaß unsozialer Verteilungswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung ist unbestritten, daß die Belastungswirkungen für kleine und mittlere Einkommen, für Rentner, Schüler, Studenten, junge kinderreiche Familien weit größer ist als für höhere Einkommen oder bei einer Finanzierung auf der Grundlage Einkommensteuer.
- eine Mehrwertsteuererhöhung ist ein Anreiz zur Ausweitung der sogenannten Schattenwirtschaft, die Geschäfte ohne Rechnung, Steuer und Sozialabgaben nehmen zu. Die Verhältnisse in Ländern mit höheren indirekten Steuersätzen bestätigen dies eindrucksvoll.
- eine Mehrwertsteuererhöhung benachteiligt tendenziell kleine und mittlere Unternehmen stärker, die weniger überwälzen können.
- das Argument, aufgrund der EG-Steuerharmonisierung sei eine Mehrwertsteuererhöhung ohnehin erforderlich, ist schon deshalb falsch, weil der deutsche Mehrwertsteuersatz - 14 Prozent - nicht außerhalb des von der EG-Kommission vorgeschlagenen Korridors in der EG von 14 bis 19 Prozent liegt.

Folgende Argumente sprechen zwingend für eine zeitlich begrenzte Ergänzungsabgabe auf Einkommens- und Körperschaftsteuern zur Restfinanzierung der deutschen Einheit:

- die Solidarleistung wird individuell nach der Belastungsfähigkeit gerecht verteilt. Der Progressionseffekt bei der Verteilung der Abgabe bewirkt, daß hohe Einkommen prozentual höher belastet werden.
- die Solidarleistung für die bisherigen DDR-Länder ist zeitlich für den Zeitraum begrenzt, in dem die schwierigste Phase der Erneuerung überwunden ist und nachdem die wirtschaftliche Gesundung greift.
- wenn die ökonomische und ökologische Erneuerung greift, funktionieren dann auch die normalen steuerlichen Einnahmesysteme der neuen DDR-Länder (Mehrwert- und Einkommensteueranteile), so daß auf die Sonderhilfen aus der Ergänzungsabgabe verzichtet werden kann.
- im Gegensatz zu einer Mehrwertsteuererhöhung, die niemals mehr rückgängig gemacht würde, muß eine Ergänzungsabgabe zeitlich befristet sein.
- das Aufkommen der Ergänzungsabgabe fließt im Gegensatz zur Mehrwertsteuererhöhung voll dem Bund zur Finanzierung der neuen DDR-Länder zu. Dies wäre für die bisherigen Bundesländer finanzpolitisch kein Nachteil, weil damit eindeutig für weitere Folgekosten aus der deutschen Einheit automatisch der Bund zuständig wäre.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte wäre entweder eine progressive gestaffelte oder eine erst ab Einkommensgrenzen greifende Ergänzungsabgabe auf Einkommen- und Körperschaftsteuer für fünf Jahre begrenzt denkbar. Schon die Erfassung der zehn Prozent höchsten Einkommen mit einer zehnprozentigen Ergänzungsabgabe brachte 13 Milliarden DM jährlich (zehn Milliarden DM zusätzlich aus der Einkommensteuer, drei Milliarden DM aus der Körperschaftsteuer).

Sowohl das Argument soziale Gerechtigkeit als auch der Gesichtspunkt einer nur für die Anlaufphase der Marktwirtschaft in den neuen Ländern begrenzte Steuererhöhung sprechen für die Ergänzungsabgabe. Mit der Forderung Mehrwertsteuererhöhung kann die SPD kein eigenes Profil in Sachen gerechter Lastenverteilung gewinnen, im Gegenteil: Die Abgrenzung vom Regierungskonzept - Unternehmensbesteuerung runter, Mehrwertsteuer hoch - wird verwischt.

Die Ergänzungsabgabe wurde als gezieltes Finanzierungsinstrument für einen unabwiesbaren, vorübergehenden besonderen Finanzierungsbedarf geschaffen. Für den Sonderfall einer solidarischen und sozial gerecht ausgestalteten Anschubfinanzierung der neuen DDR-Länder sollte sie angewendet werden.

(/11. September 1990/rs/fr)

**Die Kriegsgefahr am Golf ist noch nicht vorbei**

**Zum Erfordernis, die diplomatischen Konfliktlösungsversuche zu verstärken**

**Von Prof. Klaus-Dieter Osawald MdB**

**Sprecher der SPD-Fraktion in der "Parlamentarischen Vereinigung für Euro-Arabische Zusammenarbeit"**

Das Treffen von Helsinki hat die unmittelbare Kriegsgefahr am Golf nur vorläufig entschärft. Bush und Gorbatschow betraten diplomatisches Neuland. Nie zuvor waren sich die Führer der beiden Supermächte so einig in der Bewältigung eines regionalen Konfliktes. Dies ist uneingeschränkt zu begrüßen. Es ist zu hoffen, daß damit die vielen Krisenfälle endgültig der Vergangenheit angehören, in denen die gegenseitige Blockade der Supermächte den UN-Sicherheitsrat praktisch lahmlegten.

Mit der besonderen Hervorhebung weiterer nichtmilitärischer Maßnahmen gegen Irak hat Gorbatschow zusätzliches Gewicht in dieser Krise gewonnen und Bush zudem in die Pflicht genommen. Dieser würde die neue Gemeinsamkeit dann wieder gefährden, wenn er zu schnell auf eine militärische Konfliktlösung drängen würde.

Von besonderer Bedeutung ist die Äußerung Bush, daß die amerikanischen Truppen "nicht einen Tag länger als nötig" am Golf bleiben sollen. Schließlich gab es schon ganz andere Töne aus dem Pentagon, wo bereits von der Möglichkeit einer jahrelangen Präsenz in Arabien nach dem Ende des Konfliktes geredet wurde. Mit solchen Spekulationen hatte sich die amerikanische Aktion vor allem bei den befreundeten arabischen Staaten schon fast selbst diskreditiert.

Die nachträgliche Rechtfertigung für den Aufmarsch am Golf durch den Sicherheitsrat war schon schwierig genug. Ohne die begrüßenswerte Äußerung von Bush über den amerikanischen Abzug nach Konfliktlösung wäre der Verdacht schwer aus der Welt zu schaffen, die USA nutzten diesen Konflikt für langfristige militärische Hegemonialansprüche am Golf.

Präsident Bush hat sich nun erfreulicherweise anders festgelegt. Er wird beim Wort genommen werden.

Saddam Hussein muß nach Helsinki klar sein, wo die Fronten liegen. Es ist zu hoffen, daß er die Signale versteht.

Die Supermächte andererseits sollten sich überlegen, ob sie ihrerseits jetzt nicht auch Druck auf Israel ausüben sollten, sich in der Palästinafrage kompromißbereiter zu zeigen. Schließlich gibt es auch in diesem Konflikt UNO-Beschlüsse, die Israel seit langer Zeit mißachtet, ohne daß jemals an ernsthafte Sanktionen wie gegen den Irak auch nur gedacht wurde.

Ein Bemühen um Gleichbehandlung würde den Supermächten zu wesentlich mehr Glaubwürdigkeit verhelfen; Saddam Hussein würde damit eine Chance eröffnet, sich ohne allzu großen Gesichtsverlust aus Kuwait zurückziehen zu können.

(-/11. September 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**"Positiv dagegen"**

**Lore Lorentz zum 70. Geburtstag**

**Von Michael Müller MdB**

"Wir sind Gott sei Dank ausverkauft!", so verkündete allabendlich Ende der 40er Jahre eine Tafel an der Kassa die Erleichterung der Betreiber. Es war durchaus ein gewagtes Unternehmen, als die kleine "Literaten-, Maler- und Schauspielbühne", das "KOM(M)ÖDCHEN", am 29. März 1947, einem Ostersonntag, den Betrieb auf einem Trümmergrundstück in der Düsseldorfer Altstadt aufnahm. Zwei Versuche waren schon schiefgegangen für die aus Jena über Wuppertal zugewanderten Ex-Studenten Kay und Lore Lorentz. Dort

hatten sich ihre Hoffnungen auf einen Studienplatz an der Friedrich-Schiller-Universität zerschlagen, ihre Eltern waren keine Arbeiter oder Bauer.

1946 hatte Kay Lorentz das Angebot eines Schulfreundes zur Mitarbeit an einem neuen Kabarett in Wuppertal angenommen, um die junge Familie über Wasser zu halten. Die Sache ging schief, ebenso der erste Versuch in Düsseldorf mit der "Wäscheleine". Kay arbeitete dort als Texter und Lore Lorentz saß anfangs hinter der Kasse, bis sie, wenig später, für die Hauptdarstellerin einspringen mußte. Als das Kabarett nach kurzer Zeit nicht weitermachen konnte, rieten Freunde - unter ihnen "Fatty", der Wirt eines bekannten Künstlerlokals gleichen Namens - zur Selbständigkeit. Nach eigenem Eingeständnis räumten Kay und Lore Lorentz dem neuen Vorhaben nur kurze Lebensdauer ein. Sie hofften in jenen schweren Nachkriegsjahren, mit dem Kom(m)ödchen wenigstens einige Zeit bestehen zu können. Sie irrten sich, Gott sei Dank, gründlich.

Eine Leica, versilbert auf dem schwarzen Markt, und viel Mut und Phantasie wurden zum Startkapital für das erfolgreichste Kabarett der Nachkriegszeit, auch für das älteste der wenigen namhaften politisch-literarischen Institute, die nach 1945 entstanden sind und überdauern konnten. Auf der Bühne Lore Lorentz, die anfangs nur widerstrebend den Schritt ins Rampenlicht tat, als gelehrte Kabarettistin, die bis heute Maßstäbe setzt. Und hinter ihr Kay Lorentz, der Gründer, Leiter, Texter und Regisseur, der die Fäden jederzeit fest in der Hand hielt. Schon das erste Programm "Positiv dagegen" fand weit über Düsseldorf hinaus große Beachtung. Und bei diesem Motto ist es in der Sache bis heute geblieben: Kritik verbunden mit demokratischem Engagement.

Der Erfolg war unso bemerkenswerter, weil im Kom(m)ödchen kein billiger Klamauk geboten wurde, obwohl gerade in den Adenauer-Zeiten die Zeichen auf Verdrängung standen. In stickiger Enge und auf unbequemen Stühlen wurden Abend für Abend, anspruchsvoll und musikalisch verpackt, bittere Wahrheiten gesagt. Wahrheiten, die unter die Haut gingen und ein überzeugendes Eintreten für die neue Demokratie waren. Das Schild "Gott sei Dank ausverkauft" war bald kein Zeichen der Erleichterung mehr, sondern für berechtigten Stolz. Wieder: Gott sei Dank.

Nur der Not, vor allem der Baupolizei, gehorchend, wechselte das Kabarett 1967 von Fatty's Atelier in die größeren und komfortableren Räume der Kunsthalfe, die ebenfalls in der Düsseldorfer Altstadt ihren Platz hat. Künstlerische Kontinuität und moralische Kompetenz blieben gewahrt, ebenso die innere und äußere Unabhängigkeit. Das Kom(m)ödchen konnte bis heute dem selbstgesetzten Anspruch in Form und Inhalt treu bleiben: "Was du angreifst, muß angreifbar sein. Wie du es angreifst, muß unangreifbar sein.": Die Wut über Machtmißbrauch, Verlogenheit oder Dummheit, über Bestechlichkeit, Arroganz oder Gleichgültigkeit, das stetig neue Engagement für eine mögliche bessere Gesellschaft. Dieses noch immer junge Kom(m)ödchen feiert im nächsten Jahr sein 45jähriges Jubiläum.

Lore Lorentz wird am 12. September 70 Jahre alt. Man glaubt es nicht, so jung wie sie geblieben ist. Sie ist die Seele des Geschäfts geblieben, seit mehr als vier Jahrzehnten faszinierend und zugleich schockierend mit ihrer großen Kunst. Eine über Jahrzehnte aufrechterhaltene moralische Instanz in unserem Land.

Wir haben Lore Lorentz viel zu verdanken. Sie wagte mit dem Kom(m)ödchen den Schritt eines deutschen Kulturinstituts auf das internationale Parkett, in der Tat ein großes Wagnis für Kultur aus der jungen Bundesrepublik. Die Auslandsgastspiele in Zürich, London und Den Haag wurden, nach anfänglich eisigem Empfang, zu großen Erfolgen. Angekündigter Protest unterblieb, Lore Lorentz überzeugte als Vertreterin eines neuen demokratischen Deutschlands.

Lore Lorentz ist die scharfzüngige, treffsichere, literarisch-geschliffene, ironisch verpackende Kabarettistin - und damit sich selbst treu - geblieben. Die Einmaligkeit des Erfolges ist zweifellos auch in der großartigen Partnerschaft zwischen Kay und Lore Lorentz begründet. Daß Lore Lorentz noch lange anspruchsvolles und spritziges Kabarett, das wünschen wir uns zum 70. Geburtstag.

(-/11.9.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Volker Kröning: Für Soldaten und Verweigerer die gleiche Dienstzeit**

Der Bremer Senator für Justiz und Verfassung, Volker Kröning, begründete am 7. September 1990 vor dem Bundesrat den Antrag Bremens zur Gleichstellung von Zivil- und Wehrdienst. Wir dokumentieren seine Ausführungen im Wortlaut.

Die Änderung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung, die von den Ausschüssen für Inneres, Gesundheit und Verteidigung auf Antrag Bremens empfohlen wird, sollte eine Selbstverständlichkeit sein: Der Wehrdienst wird auf zwölf Monate verkürzt; wer den Kriegsdienst verweigert und statt dessen Ersatzdienst zu leisten hat, macht ebensolange Zivildienst.

Doch diese Selbstverständlichkeit war in den 70er und 80er Jahren, als sich die sozial-liberale und die christlich-liberale Koalition um die Neuordnung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung bemühten, durch zwei tatsächliche Umstände versperrt, die zu erheblichen rechtlichen Verrenkungen geführt hatten: Es gab weniger Soldaten, als man brauchte, und mehr Zivildienstpflichtige, als man unterbringen konnte. Die Bundeswehrstärke sollte während der Gratwanderung zwischen Ost-West-Konflikt und Entspannungspolitik gehalten werden, und für die wachsende Zahl von Kriegsdienstverweigerern gab es - angeblich - nicht genügend Dienstplätze.

Das Grundgesetz mußte in dieser Situation dazu herhalten, die verfassungsrechtliche Ermächtigung zur Aufsteifung von Streitkräften - gestützt auf die völkerrechtliche Befugnis zur Selbstverteidigung - dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung nicht nur gleich-, sondern auch voranzustellen. Die längere Dauer des Zivildienstes sollte sicherstellen, daß - wie das Bundesverfassungsgericht 1985 bekräftigt hat - das Grundrecht "nur von echten Kriegsdienstverweigerern in Anspruch genommen wird. Sie (diese längere Dauer) bildet nach dem Willen des Gesetzgebers ... die eigentliche ... "Probe auf das Gewissen" (BVerfGE 69, 1 ff, 26). Die grundgesetzliche Vorschrift, daß die Dauer des Ersatzdienstes die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen darf, wurde in einer für das juristisch gebildete wie das ungebildete Publikum erstaunlicher Weise dreifach uminterpretiert: nicht die Dauer, sondern die Befastung der beiden Dienstarten wurde verglichen; in dieses Kriterium wurden die Wehrübungen eingerechnet, und darunter wurden nicht die tatsächlichen, durchschnittlich geleisteten Übungen, sondern deren zulässige, höchste Dauer verstanden. Mit anderen Worten: die "lästige Alternative" wurde so hoch wie möglich angesetzt, weil man dem Gewissen mißtraute, vom Zivildienst nichts hielt und in Wahrheit die Alternative nicht wollte.

Wie immer diese Rechtsprechung - und der Rechtszustand, der unter der früheren und der heutigen Regierung geschaffen wurde - rückblickend zu werten sind, es steht inzwischen fest: die Lage hat sich geändert. Die Nachkriegszeit ist bereits mehrfach für beendet erklärt worden; nachdem dies in Malta in einem schwankenden Boot beschlossen worden ist, soll es demnächst noch durch Handschlag am Brandenburger Tor besiegelt werden. Die sicherheitspolitischen Voraussetzungen der bald vollzogenen staatlichen Einigung Deutschlands und der hoffentlich folgenden Verbesserung der Lebensverhältnisse in ganz Europa sind die Reduzierung der gesamtdeutschen Streitkräfte um nahezu 50 Prozent und der fortgeltende Verzicht Deutschlands auf Besitz und Stationierung von Massenvernichtungsmitteln; in unserem Land und weit darüber hinaus wird bewußt, daß nicht-militärische Friedensaufgaben - Aufgaben der Friedensentwicklung in sozialer Hinsicht, in ökologischer Hinsicht und in der Nord-Süd-Dimension - Vorrang haben. Es könnte sein, daß dieser sicherheits- und friedenspolitische Wandel auch dazu verhilft, die Ressourcenkrise - ja die Legitimationskrise - der Verteidigung zu überwinden, die uns seit Jahren beschäftigt und von der auch im Bundesrat die Rede war, als 1986 der Versuch gemacht wurde, Wehr- und Zivildienst auf 18 beziehungsweise 24 Monate zu verlängern. Es ist anzunehmen, daß der Friedensdienst mit der Waffe unter weniger kosten- und risikoträchtigen Bedingungen der Landesverteidigung wieder mehr Zuspruch findet als bisher.

Doch sicherlich wird es Auswirkungen haben, daß künftig eine Armee von maximal 370.000 Mann aus den jungen Jahrgängen eines Volkes rekrutiert werden kann, das sich durch eine glückliche Fügung von 60 auf 77 Millionen Menschen vergrößert hat. Bereits 1965 war vor dem Bundesverfassungsgericht vorgetragen worden, daß weit unter fünf Prozent der Wehrpflichtigen eines Einberufungsjahrganges zu unfreiwilligen Wehrübungen herangezogen werden (aaO, 76), und inzwischen sind es nach inoffiziellen Informationen wesentlich weniger; man spricht hinter vorgehaltener Hand von einem statistischen Mittel von 3,5 bis 4,5 Tagen Wehrübungen. Darüber hinaus müssen, nachdem in der DDR zum 1. März 1990 ein neues - vorbildliches - Zivildienstrecht eingeführt worden ist und obgleich mit dem Einigungsvertrag nicht mehr dieses, sondern westliches Recht Anwendung finden wird, für die Kriegsdienstverweigerer beziehungsweise Zivildienstpflichtigen in den hinzutretenden ostdeutschen Ländern noch zahlreiche Plätze geschaffen werden. Auch dies ist ein Stück Konversion.

Es bahnt sich also eine verschärfte, ja doppelte Dienstungerechtigkeit an. Die durchschnittliche Belastung eines Grundwehrdienstleistenden wird bei weitem nicht so sein, daß sich ein gerechter Ausgleich nur im Wege der pauschalen, ausnahmslos alle Ersatzdienstleistenden treffenden längeren Dauer des Zivildienstes herstellen läßt. Es könnte sogar sein, daß eine Vielzahl von jungen Männern um den Wehrdienst herumkommen wird, ohne verweigern zu müssen. Daneben werden auch Kriegsdienstverweigerer wieder nicht herangezogen werden, wenn nicht eine ausreichende Zahl von Zivildienstplätzen zur Verfügung steht. Gscheidt dies doch, öffnet sich die Schere weiter zwischen den Zivildienstleistenden und einer großen Zahl von Wehrpflichtigen, die zu Hause bleiben kann. Auf jeden Fall ist es unhaltbar geworden, weiterhin eine rein theoretische Dauer von Wehrübungen durch eine alle Ersatzdienstpflichtigen treffende längere Dauer des Zivildienstes kompensieren zu wollen.

So schwer es für die Bundesregierung ist, aus dieser Zwickmühle herauszukommen, bleibt festzuhalten: Die Verlängerung der Zivildienstzeit gegenüber der Wehrdienstzeit hat jeden Sinn verloren; ihre Ungerechtigkeit ist inzwischen offenkundig. Die Verfassung steht nicht mehr dagegen - wie bisher angenommen wurde -, sondern gebietet es geradezu, Zivil- und Wehrdienst zeitlich gleichzustellen, wenn nicht grundlegend zu reformieren.

Es ist dem Senat der Freien Hansestadt Bremen in der Tat bewußt, daß hinter unserem Thema zahlreiche ungeklärte Probleme der Personalplanung und der Dienststruktur der Bundeswehr stehen, aber auch - und noch mehr - Aufgaben der Neugestaltung des Zivildienstes. Doch die Lösung dieser Probleme und Aufgaben liegt nicht in der Aufrechterhaltung des bisherigen Regel-Ausnahme-Schemas von Wehr- und Zivildienst; dieses Schema hat sich nicht nur verkehrt, es ist zusammengebrochen. Bedenken gegen die Gleichstellung von Wehr- und Zivildienst helfen nicht weiter, im Gegenteil: diese Gleichstellung ist der notwendige Hebel zu einer vernünftigen Wehr- und Zivildienststruktur der Zukunft.

Diese Debatte ist überfällig, und dabei wird auch zu klären sein, ob - und unter welchen Voraussetzungen - wir zu einer Wahlfreiheit zwischen dem Friedensdienst mit der Waffe und Friedensdiensten ohne Waffe - mit weit mehr Angeboten als bisher - übergehen können oder sogar müssen und ob wir vielleicht das Prinzip des freiwilligen Dienstes einführen können. Dies wird unter anderem Teil der bevorstehenden Verfassungsdebatte sein, und zwar unter dem Aspekt der "Friedensstaatlichkeit" oder - wie ich nüchterner formulieren möchte - des Ausbaus der friedensrechtlichen Normen des Grundgesetzes. Doch daraus wird nur etwas, wenn man Schritt für Schritt vorgeht. Deshalb bitten wir - die Mehrheit der Länder - um Zustimmung zu dem Änderungsantrag, und wir bitten die Bundesregierung dringend, den Entwurf zu überdenken.

(-/11.9.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*